

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. Oktober 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 121

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Gehilfen- und Lehrlingszahl. — Zur Frage der Lokalzuschläge. — Für Kinderzulagen!

Das Buchgewerbe im Auslande: Ungarn. — Schweiz. — Finnland. — Rußland. — Japan.

Korrespondenzen: Berlin (M.-S.). — Bielefeld. — Breslau (M.-S.). — Darmstadt. — Frankfurt a. D. — Göttingen. — Hamburg-Altona. — Leipzig. — Magdeburg. — Mainz. — München. — Mühlhausen i. S. — Neuwied. — Nördlingen. — Rosenheim. — Ulm-Neu-Ulm. — Wismar. — Wittberg. — Würzburg.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. — Nachahmungsverbot. — Verschollene Kriegszeitungen. — Vertreter der freien Gewerkschaften im Großen Hauptquartier. — Reichs- und Staatsbeamte an der Grenze des Durchhaltens. — Feuerungszulagenbewegung. — Feuerungszulagen für Angestellte. — Erhöhte Fahrkartenzufälle.

□ Gehilfen- und Lehrlingszahl □

Den Lehrlingsverhältnissen im Buchdruckgewerbe hat der „Korr.“ auch während der Kriegszeit Aufmerksamkeit gewidmet. Es ist da manches kritische Wort über die sich verringernde Ausbildungsmöglichkeit gesagt worden, und an Hand der Prüfungsergebnisse konnte gezeigt werden, daß wir keine Verhaupfungen ohne Unterlagen aufstellen.

Der Artikel von Dr. Keller in der „Zeitschrift“ gab uns dann von neuem Anlaß (Nr. 107), in dieser ersten Frage nicht die gegenwärtigen Misse allein als bestimmend anzuerkennen, sondern die Verknüpfung mit dem Späteren so zu suchen, daß nicht wieder, wie schon mehrmals in der Geschichte der deutschen Buchdrucker, die Lehrlingsfrage zu einer drohenden Kritik für unser Gewerbe werden darf. Es muß leider gesagt werden, daß die Prinzipale hier, sei es aus diesem oder jenem zeitlichen Umstände, das Heute schon öfters zu stark gesehen haben, und darüber vergaßen, auch an das Morgen zu denken. Geschichtlichen Bedingtheiten zu folgen, ist zudem der Prinzipalität nicht im besondern Maße gegeben; wenn es doch geschieht, kann man sicher sein, daß dann laut sich meldenden Zeiterfordernissen ausgewichen werden soll durch Poehen auf eine nicht immer begrüßenswerte Entwicklung.

Die Befassung mit der Heidelberger Prinzipalstagung hat zuletzt Gelegenheit (Nr. 119), einer abermaligen Kurzsichtigkeit auf diesem Gebiet entgegenzutreten, wie sie unstrittig der Beschluß nach zeitweiliger Aufhebung des § 12 des Tarifs bekennt. Die Berliner Prinzipalität hat zum Oktobertermin wiederum die Plakataufgaben von ihrem Lehrlingsbedürfnisse reden lassen. Ob dabei oder in sonstiger Weise die von der Gehilfenschaft übel bemerkten schmalzigen Töne angeklungen wurden, haben wir nicht erfahren. Es wäre das in den Tagen, wo über die Lage der Gehilfenschaft die Schmerzenslaute durchdringen werden, eine schlimme Ironie. Aber die in einigen weiteren Gegenden ebenfalls zum Oktober erfolgende Lehrlingeinstellung haben wir noch nichts vernommen.

Die Befassung mit der der Lehrlinge in Vergleich zu stellen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, wäre also die den angeführten vorübergehenden Betrachtungen eine Abrundung gebende Aufgabe. Sie wäre ohne die letzte Tarifamtsstatistik nicht voll zu lösen. Deren Studium noch einmal jedem ernst zu nehmenden Kollegen ans Herz zu legen, was richtig aber nur durch eignen Besitz dieser unserer gewerblichen Generalstabkarte möglich ist, halten wir beim Eingehen auf die Lehrlings- und Gehilfenzahlen für pflichtgemäß.

Unter Subtilnahme früherer Tarifamts- und Verbandsstatistiken sei zunächst ein allgemeines Bild von der Gehilfen- und Lehrlingszahl gegeben:

Jahr	Gehilfen	Lehrlinge	Auf 100 Gehilfen entfallende Lehrlinge
1868	9000	4000	44
1872	10200	3725	36
1876	9179	4026	45
1878	13000	9000	69
1881	14958	7429	50
1883	15827	6741	43
1885	16845	6700	40
1888	25000	10000	40
1889	30704	10348	34
1894	28027	12772	46
1898	33102	10560	32
1900	39498	10171	26
1903	41851	11705	28
1907	51098	12776	25
1910	58200	15598	29
1912	65289	16928	26
1917	30078	14246	47

In den früheren Jahrzehnten ist das Verhältnis der Gehilfen zu den Lehrlingen eher noch ungünstiger gewesen, als sich aus den vorstehenden Statistiken ergibt, die manchmal recht zu wünschen übrig lassen und die kleinsten Orte mit den Hauptdruckstätten von Lehrlingen zu wenig erfassen. Aus dieser nahezu fünfzigjährigen Entwicklung ergibt sich, welche schlechte Zustände auf dem Lehrlingsgebiete geherrscht haben, die mit der Statistik von 1894 nochmals einen Rückschlag zeigen, der durch die tarifliche Anarchie nach dem Neunfundendekampf eingetreten war. Fast sieht es so aus, daß wir jetzt wieder so etwas erleben. Das ist jedoch nicht an dem. Die hohe Verhältniszahl von 47 Lehrlingen auf 100 Gehilfen ist eine Kriegsfolge, d. h. des Umstandes, daß zur Zeit der Statistikaufnahme im Mai d. J. sich etwa 57000 Gehilfen im Seere befanden.

Der Krieg hat auch in andern Gewerben die Lehrlingsverhältnisse verschlechtert und die Lehrlingszahl stark in die Höhe getrieben. Zum Teil ganz kolossal, wie es das frühe Beispiel bei den Bäckern und Konditoren zeigt, wo im Jahre 1914, ehe der Weltbrand ausbrach, 41 Lehrlinge auf 100 Gehilfen kamen, jetzt aber 143. Die Bäckerorganisation hat nunmehr den Innungsverband aufgefördert, mit ihr gemeinsame Schritte zu unternehmen, damit es in dieser un sinnigen Weise nicht weitergeht. Es ist aber ein Unterschied zwischen dem Buchdruck- und dem Bäckergewerbe zu machen. In letzterem wird nicht seit Jahren über den Rückgang der Leistungen gemauert worden sein von den Unternehmern wie bei uns, auch hat sich dort jedenfalls nicht eine so einseitige Ausbildung herausgestellt wie in unserm vielseitigen Gewerbe, das ganz andere Anforderungen stellt. Bei den Bäckern und Konditoren mag es noch eher die Menge der Lehrlinge tun, bei uns jedoch ist die richtige Ausbildung die Hauptsache. Daß diese ganz erheblich gefährdet wird, wenn die Lehrkräfte so fehlen, wie es gegenwärtig der Fall ist, sollte auch für jeden Prinzipal klar sein. Anstatt dessen haben wir seit Jahren das Bestreben, nicht erst seit Kriegsausbruch, überall die Lehrlingskala bis zum äußersten auszunutzen, und erleben wir bei den Prinzipalen Augenkäufungen über diese Entwicklung, die höchst bedenklich sind. Wenn dann noch das Organ der sonderbündlerischen Prinzipale auf den Einfall kommt, die Schuld an der schlechten beruflichen Beschlagenheit des Nachwuchses den Gehilfen und dem Tarife auszuschieben, so hat die Ge-

hilfenschaft alle Veranlassung, ihre warnende Stimme zu erheben und den ihr möglichen Widerstand dagegen geltend zu machen, daß unser Gewerbe nicht wieder in die Niederungen gerät wie in früherer Zeit. Jetzt ist unser Gewerbe so hoch entwickelt, daß es durch ausgedehnte Lehrlingswirtschaft auf Grunde gerichtet werden würde.

Die Tarifamtsstatistik zeigt uns, daß bis jetzt eine direkte Gefahr noch nicht entstanden ist durch die infolge des Krieges eingetretenen Verhältnisse. Bei einer Betrachtung über die Verteilung der Lehrlinge nach Berufszweigen ergibt sich, daß auf je 100 Seher und Drucker entfielen in den letzten zehn Jahren:

	Seherlehrlinge	Druckerlehrlinge
1907	23	34
1910	24	36
1912	24	37
1917	43	70

Kollege Schliebs, der Verfasser der Tarifamtsstatistik, bemerkt zu dieser ungünstigen Verschiebung, daß sie lediglich durch die Einberufung Zehntausender von Gehilfen hervorgerufen wurde und darin nicht eine Überschreitung der tariflich zulässigen Lehrlingszahl erblickt werden könne. 333 Seher- und 166 Druckerlehrlinge sind allerdings über die Skala hinaus im Mai 1917 vorhanden gewesen, das sind jedoch die vom Tarifamts genehmigten Ausnahmen. Dafür haben aber 633 Firmen keine Lehrlinge.

Bei einer Gegenüberstellung der Lehrlinge in den einzelnen Sparten nach Lehrjahren kommt die Tarifamtsstatistik zu folgender Feststellung:

	1912	1917
Seherlehrlinge:		
im 1. Jahre	3049	2907
„ 2. „	2620	2629
„ 3. „	2486	1714
„ 4. „	2515	1686
Druckerlehrlinge:		
im 1. Jahre	1252	1333
„ 2. „	1258	1241
„ 3. „	1105	883
„ 4. „	1172	906
Schweizerdegenlehrlinge:		
im 1. Jahre	290	193
„ 2. „	321	194
„ 3. „	282	163
„ 4. „	274	178
Stereotypenlehrlinge:		
im 1. Jahre	89	64
„ 2. „	88	77
„ 3. „	61	46
„ 4. „	66	32

Mit Ausnahme der Seherlehrlinge im zweiten und der Drucker im ersten Jahre (0,3 bzw. 6,5 Proz. Zunahme) ist mithin ein Rückgang eingetreten, der mit 1,4 Proz. bei den Druckerlehrlingen im zweiten am niedrigsten, mit 51,5 Proz. bei den Stereotypenlehrlingen im vierten Jahr am größten ist. Die Verminderung der Lehrlinge im dritten und vierten Jahr ist durchweg beträchtlich, weil hier durch die Einberufungen schon größere Abgänge zu verzeichnen sind. Jedoch erheben bei den Schweizerdegenlehrlingen die Verminderungen um 33,4 und 39,6 Proz. im ersten und zweiten Lehrjahr Anspruch auf Beachtung. Man kann also der Tarifamtsstatistik beipflichten, daß Gehilfen- und Lehrlingszahl an sich noch in kein ungelundes Verhältnis zueinander gekommen sind, denn mit Kriegsende wird die jegliche große Ungleichheit ja wieder behoben.

Bedenklicher wird die Sache, wenn man sich die Veränderungen der Lehrlingsziffern nach Tarifkreisen ansieht. Es entfielen Lehrlinge

Kreis	auf 100 Seher 1912	1917	auf 100 Drucker 1912	1917
I	23,4	45,9	40,0	71,8
II	23,6	38,4	38,2	62,8
III	24,4	45,3	39,7	73,3
IV	25,7	49,0	30,2	74,4
IVa	22,2	31,9	43,8	57,5
V	26,3	42,9	39,8	80,6
VI	26,5	55,6	47,3	113,4
VII	22,4	51,1	34,1	72,3
VIII	13,4	22,4	27,7	42,6
IX	33,6	61,9	45,3	87,5
X	22,8	41,4	37,6	76,3
XI	32,3	61,9	45,2	88,1
XII	32,0	48,8	49,4	84,2

Der Tarifkreis VI, der schon in Friedenszeiten lehrlingsgegnet war, befindet sich bei den Seher-, schlimmer noch bei den Druckerlehrlingen ein ganz unerfreuliches Bild; auch die Kreise III und XI zeigen ungewöhnlich große Zunahmen. Am günstigsten stehen da die Kreise VIII und IVa. Die durchgehend stärkere Vermehrung der Druckerlehrlinge findet ihre Erklärung in der prozentual wesentlich höheren Einberufungsquote der Drucker gegenüber den Sehern.

Wer in dem ersten Bande der Verbandsgeschichte die umfangreichen Tabellen, in ihren Aufzeichnungen bis auf das Jahr 1825 zurückreichenden Angaben über das Verhältnis der Lehrlinge zu den Gehilfen aufmerksam gelesen hat, kennt die Gebiete der Lehrlingswirtschaft. Viel ist an dieser Art von Landkarte nicht geändert, wenn auch in diesen Gegenden eine Besserung eingetreten ist, was allerdings sehr viel Mühe bereitet hat. Der von der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins beabsichtigte Einbruch in die Lehrlingskassa würde nun gerade in diesen Bezirken die alte Lehrlingszucherei wieder ausleben lassen. Der Überblick, den die kreisweise Zusammenfassung gewährt, macht das zur Wahrscheinlichkeit. Abgesehen davon, dass von der Heidelberger Tagung aus an den Tarifauschuss gerichtete Verlangen, während der Kriegsdauer das Einstellen von Lehrlingen über die Skala ohne weiteres zu gestatten, insofern, als wir doch tatsächlich uns im letzten Stadium dieser furchterlichen Zeit befinden, so tieftraurig es auch ist, daß die unfähig-leidende Menschheit noch in einen vieren Kriegswinter hinein muß. Zu Ostern, dem nächsten Lehrlingseinstellungsstermin, muß es doch aber zu Ende gegangen sein mit dem schrecklichen Vernichten der Volkskraft. Wer nicht allddeutsch angepackt ist, kann in dem jetzigen Stadium wohl nicht mehr auf Maßnahmen sinnen, die in einem halben Jahr erst Verwirklichung finden können.

In der Tarifausstufung wird nach Abwägung aller den augenblicklichen schlechten Stand unseres Lehrlingswesens erklärenden Umstände gesagt:

Trotzdem ist dieses Zahlenverhältnis im Interesse der Ausbildung der Lehrlinge und der Heranbildung tüchtiger Gehilfen sehr zu beklagen. Es muß damit gerechnet werden, daß der Lehrlingsbestand aus den Kriegsjahren im allgemeinen nicht diejenige Ausbildung erhält und erhalten kann als in Friedenszeiten, und es wird deshalb nach Beendigung des Krieges Aufgabe aller dafür zur Verfügung stehenden Kräfte sein, bei den Lehrlingen oder jung ausgereiften Gehilfen in der Ausbildung nachzuholen, was in der Kriegszeit verübt werden mußte.

Das ist vollständig zu unterschreiben. Es stehen da Aufgaben bevor, die nach dem Kriege nur durch größte Hingabe bewältigt werden können. Was die Prinzipalsorganisation durch ihren Beschluß will, würde diese noch bestehende Möglichkeit einfach in Frage stellen und die Ausweitung der Schwärze direkt gefährden. Die Gehilfenschaft dient also nur dem Interesse des Gewerbes, wenn sie der Prinzipalität nicht auf dem Wege des Verbändnisses folgt. Durch die dem Tarifamt eingeräumten Befugnisse kann besonderen Schwierigkeiten Rechnung getragen werden; womit man darüber aber hinaus will, das ist vom Abel.

zu der Tagung des Tarifauschusses, obwohl die Tagesordnung desselben keine allgemeine Regelung der Lokalzuschläge vorsehen hat, sondern sich nur mit den Orten beschäftigen kann, für die nach § 12 des Tarifs der Übergang in eine höhere Lohnklasse auf Grund der Beschlüsse von 1911 zulässig ist. Allerdings enthält die Tagesordnung auch eine „Ausprache und Beschlussfassung über Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage bei Festsetzung der Lohnsätze bei einer späteren Revision des jetzt geltenden Tarifs“. Unter Anlehnung an diesen Punkt findet sich vielleicht Gelegenheit, das ganze System der Lokalzuschläge einmal gründlich zu beraten und gegebenenfalls auch eine vollständige Neuordnung des Lohnsystems für den Übergang in die Friedenszeit vorzubereiten.

Daß die Lokalzuschläge, so zweckmäßig sie für die Vergangenheit gewesen sind, für die gegenwärtigen Zeitverhältnisse nicht mehr „zeitgemäß“ sind und besonders auch für die zukünftige Friedenszeit nicht mehr sein werden, darüber dürften wohl Zweifel kaum vorhanden sein. Dies konnte auch nicht schlüssiger bewiesen werden als durch die im „Korr.“ veröffentlichte Gegenüberstellung der Lebensmittelpreise und der Lokalzuschläge. Um nur einiges herauszugreifen, sei auf das Mißverhältnis der Lokalzuschläge zu den Lebensmittelpreisen schon im letzten Friedensmonat, Juli 1914, hingewiesen. Wir finden da

Ort	Lokalzuschl.	24,75 Mk. Lebensm.-Durchschn.
Berlin	25	24,75
Leipzig	20	24,43
Dresden	17 1/2	25,67
Breslau	15	23,85
Kattowich	10	25,53
Beuthen	7 1/2	24,12
Legniz	5 1/2	23,40
Wesche	5	25,38
Sigmaringen ohne		27,04

Diese Liste ließe sich aus allen Tarifkreisen vervollständigen und auch auf die gegenwärtigen Preise übertragen, wobei die Unterschiede noch viel härter zum Ausdruck kommen. So ist im Juli 1917 Berlin (25 Proz.) mit 57,06 Mk., Leipzig (20 Proz.) mit 49,74 Mk., Dresden (17 1/2 Proz.) mit 59,22 Mk., Kattowich (10 Proz.) mit 60,66 Mk. usw. verzeichnet. Selbst in den Steuerzuschlägen zeigen sich ganz merkwürdige Unterschiede. So erhob Berlin im letzten Friedensjahre 100 Proz., Leipzig 120 Proz. und Breslau 162 Proz. Kommunalsteuerzuschlag, aber eine ganze Reihe von sächsischen Orten mit keinem oder nur geringem Lokalzuschlag Steuerzuschläge von 200 Proz. und darüber. Der Verfasser läßt die für größere Städte schwer in die Waagschale fallenden Wohnungsmieten sowie die sich zu beträchtlichen Summen auflaufenden Ausgaben für Straßenbahn- und Eisenbahnfahrten merkwürdigerweise außer Betracht, obwohl sie bei der Einteilung nach Berufsgruppen und demzufolge auch bei den Lokalzuschlägen eine große Rolle spielen. (Red.) Diesen wohl allgemein bekannten Tatsachen wurden bisher die Schwierigkeiten entgegengesetzt, die eine pöbliche Neuordnung der Lokalzuschläge unmöglich machen. Um so mehr birgt die Art der Anlehnung, daß vielleicht der jetzige Zeitpunkt der günstigste wäre, um bei Festsetzung der Richtlinien für eine spätere Revision des Tarifs eine vollständige Umänderung dieses veraltetes Systems vorzunehmen.

Die Frage, wie könnte dieser Ausgleich vorgenommen werden, würde ich dahin beantworten, daß der Lohn für alle Orte gleichmäßig in der Höhe des jetzigen Lohnes mit 15 Proz. Lokalzuschlag unter Berücksichtigung einer den Steuerzuschlägen entsprechenden allgemeinen Erhöhung festgesetzt wird. Für mittlere Städte und Großstädte käme hierzu ein Zuschlag von 5 resp. 10 Proz.

Günstig für die vollständige Umwandlung unseres Lohnsystems erscheint mir der Beschluß der Prinzipalstagung, der darin geht:

Im Hinblick auf die völlige Veränderung der einschlägigen Verhältnisse, namentlich aber der außerordentlichen Verteuerung der gelagerten zur Herstellung der Druckarbeiten benötigten Materialien, eine Revision des Druckpreistarifs vorzunehmen, die vor Ablauf dieses Jahres zur Durchführung gebracht werden soll.

Es sprechen aber auch noch andre Argumente für die Möglichkeit der Änderung gerade zum jetzigen Zeitpunkt. Für die gegenwärtig stillstehenden oder wegen Mangels an Gehilfen nur mit Lehrlingen arbeitenden Firmen wird die Wiederaufnahme der geregelten Tätigkeit sowieso unter ganz veränderten Verhältnissen erfolgen, so daß der gegen früher höhere Lohn keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten würde. Andererseits dürften die gegenwärtigen Steuerzuschläge wie die von einschlägigen Prinzipalen freiwillig oder die unter dem Zwange der Verhältnisse gebotenen Lohnzulagen den Übergang zu dem erhöhten Lohnminimum erleichtern.

Der durch ein einheitlicheres Lohnsystem erzielte Vorteil wäre nicht nur für Gehilfen, sondern auch für Prinzipale sichtbar, schon in bezug auf die Konkurrenz, besonders bei eng beieinander liegenden Orten, was wohl nicht weiter ausgeführt zu werden braucht. Auch die Vermittlung der Gehilfen nach Provinzorten, welche Frage nach dem Kriege wohl eine große Rolle spielen dürfte und wovon die Arbeitsnachweisverwalter bisher schon ein Lied zu singen wissen, dürfte sich einseitiger gestalten und ein gewichtiger Grund des Zustroms nach der Großstadt dadurch fortfallen. Alles dies kommt aber den Prinzipalen in der Provinz in weit höherem Maße noch zugute wie den Gehilfen.

Selbstverständlich müßte, wie der „Korr.“ sehr richtig schreibt, dieser Neuordnung „eine weit bessere Anpassung der Löhne bzw. Steuerzuschläge“ an die jetzigen Verhältnisse vorausgehen.
Breslau. H. H. I.

□ □ □ Für Kinderzulagen! □ □ □

Su den wichtigsten Fragen, die den Tarifauschuss in der nächsten Woche beschäftigen werden, gehören zweifellos die Steuerzuschläge in erster Linie. Aber auch besondere Zuschläge für kinderreiche Familien müssen diesmal wieder erwohnen und mitbeschlossen werden. Ich höre schon die Einwände: „So etwas gibt's nicht!“ „Die Zulagen müssen gleichmäßig sein!“ „Es darf keinen Unterschied geben!“ Dem ist entgegenzuhalten, daß es keine gerechte Verteilung ist, wenn jetzt der kinderreiche ebensoviel erhält wie der kinderlose, dessen Frau mitverdienen kann. In dem Worte Steuerzuschläge ist ja schon gesagt, daß ein jeder gemäß der Leistung einigermaßen sein Auskommen haben soll. Die Rückwirkung der Steuerzuschläge ist aber unterschiedlich, nämlich, ob Verheiratete mit oder ohne Kinder oder Ledige in Betracht kommen.

Wer behaupten wollte, daß die jetzige, sich jedenfalls weiter verschärfende Not für die kinderreichen Kollegen die Sorgenlast nicht unerträglich macht, der hat es wohl noch nicht erlebt, wenn die Kinder nicht mehr satt werden und weinend nach mehr verlangen. Daß ferner die Ausgaben für Kleidung und Schutzzeug den kinderreichen Familienvermögen in vermehrter Weise treffen gegenüber dem kinderlosen oder Ledigen, die auch stark klagen, daß sie diese für sie doch vereinfachten Ausgaben nicht mehr erbringen können, ist wohl ohne viel Worte zu begreifen. Deshalb rechne ich auch bestimmt darauf — und mit mir wird das noch eine ganze Anzahl Leidensgenossen erhoffen —, daß sowohl unter den Gehilfen wie unter den Prinzipalvertretern die hier angeschlossene Frage Verstandnis und die ungemein schwierige Lage der mit Nachwuchs gesegneten Gewerbeangehörigen gerechte Würdigung findet.

Es kommt noch ein andres hinzu. Vor dem Kriege konnten sich kinderreiche Familien durch vorzugsweisen Verzehr der billigsten und reichlichen Nahrungsmittel: Brot, Kartoffeln, Heringe, frische Seefische, Bauchfleisch, Speck, Schmalz, Salz, Margarine, Süßmilch etc. usw., durchhelfen. Wie ist es jetzt? Diese gumeist früher zweifelt und drifflässigen Erhalter der Lebenskraft sind entweder streng rationiert, was gleichbedeutend ist mit ganz ungenügender Zuteilung, oder sie sind unerschwinglich teuer oder auch gar nicht mehr zu haben. Nun steht doch fest, daß Kinder von sechs bis zehn Jahren fast so viel essen wie Erwachsene, über zehn Jahre alte aber bestimmt so viel. Es wollen jedoch alle leben! Der Familienvater muß deshalb sehen, wo auch für die Söhne über das beherrschende Deputat hinaus etwas zu erlangen ist. Das kostet indes Geld, viel Geld. Also muß ihm auch etwas mehr gegeben werden!

Daß Mühsal und Leid unter den andern Kollegen nachgerufen wird, wenn so ein Sorgenknäuel ein paar Mark über ihre Steuerzuschläge hinaus erhält, ist leider wahr. Sinnt man ihnen aber den Laich mit einem Kinderreichen an, dann schweigen sie. Daraus ergibt sich die Unbillbarkeit ihres Standpunktes.

Es war deshalb ein schwerer Schlag, als im Frühjahr 1917 die Kinderzulagen gestrichen wurden, wo diese in schlimmster Lage befindlichen Gehilfen auf eine Erhöhung gerechnet hatten. Anzuerkennend war die Behauptung des „Korr.“ damals, daß ja nur noch wenige Kollegen hierfür in Betracht kommen, da doch fast alle in diesen Altersklassen zum Militär eingezogen seien. Es sind jedoch mehr, als man denkt. Wenn es aber so wenige wären, könnten doch die Prinzipale die geringen Mehrausgaben eher verschmerzen als die betreffenden Gehilfen den Entzug der Kinderzulagen!

Warum ist es denn bei den Behörden anders? Auch bei Genossenschaften usw.? In Berlin-Schöneberg z. B. haben jetzt die Steuerzuschläge der städtischen Beamten eine Neuordnung erfahren. Da erhalten nun die Verheirateten mit Kindern auf die sich nach ihrer Beamten-eigenschaft richtenden Sätze besondere Zuschläge, und zwar 20 Proz. für das erste und zweite Kind, 25 Proz. für das dritte und vierte, 30 Proz. für das fünfte und sechste. Die städtischen Arbeiter bekommen eine monatliche Kriegsbeihilfe, die von 15 Mk. für Verheiratete ohne Kinder bis auf 85 Mk. bei fünf Kindern ansteigt und dann noch um 1 Mk. für jedes weitere Kind höhergeht. Außerdem erhalten sie eine tägliche Kriegslohnzulage, die für jedes Kind eine Erhöhung von 40 Pf. zuführt. Das ist nur ein Beispiel, aber ein gutes und von richtiger Bevölkerungspolitik und wahrem Kinderdünke zeugendes. Abgesehen kennt man auch im Buchdruckerstande Kinderzulagen, so in der Schweiz, in Ungarn, Luxemburg, Kopenhagen.

Daß die Steuerzuschläge den arg verschlimmernden Steuerungsverhältnissen weit mehr angepaßt werden müssen, ist durch den Überblick im grohen, wie er durch den Leitartikel in Nr. 118 gegeben wurde, ganz einwandfrei als Notwendigkeit erwiesen. Dabei dient dieser Nachweisung die Preisentwicklung von nur 16 Nahrungsmitteln als Unterlage. Was noch in Betracht kommt, ist in jenem Artikel auch ganz richtig angeführt worden. Doch eins fehlt: der Hinweis, daß die unheimliche Verteuerung die kinderreichen Familien noch viel härter trifft! Deshalb der Ruf an den Tarifauschuss: Helft auch den Bedrücktesten, befreit sie aus ihrer veraweffelten Lage!

Berlin. W. Ch.

Anmerkung der Redaktion: Wir haben im Frühjahr die Aufhebung der Kinderzulagen die Erwägungen und Bedenken genannt, die aus der Praxis des Lebens aufgekomen waren und mit dieser Beschluß unserer

□ Zur Frage der Lokalzuschläge □

Nun ist diese Frage nicht, und sobald sich Gelegenheit bietet, eine Regelung der Lokalzuschläge vorzunehmen, erheben sich Stimmen, die die Notwendigkeit einer Änderung der bestehenden Lokalzuschläge beweisen sollen. So auch

Meinung nach abfinden lassen konnten. Es sind jetzt aber wahre Notkreise von Kollegen mit starken Familien zu uns gedrungen, so daß wir ihnen schon aus menschlichen Gründen diesen einen Ausdruck gewähren wollen. Es kommt ja auch in Betracht, daß die Zahl der vom Militär wieder entlassenen verheirateten Kollegen ausgenommen hat und kinderreiche Familienväter somit mehr vorhanden sein dürften.

Das Buchgewerbe im Ausland

Ungarn. Infolge einer Vereinbarung zwischen Prinzipalen und Gehilfen erhielten alle Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen des graphischen Gewerbes in Budapest am 29. September einen sogenannten Ankaufungs-vorschub in Höhe von 100, 150 und 200 Kr. ausgezahlt. Die Tilgung des Vorschusses muß bis 31. Dezember 1918 durch bestimmte kleine Abzahlungen erfolgen.

Schweiz. Den schweizerischen Papierfabriken sind die Dividenden immer noch zu niedrig; sie kündigen infolgedessen eine neue Papierpreiserhöhung an und haben sich zu diesem Zwecke mit einer Eingabe an den Bundesrat gemeldet, in welcher die Heraushebung der Höchstpreise verlangt wird, und zwar sowohl für Zeitungs- wie für Druck- und Schreibpapier. Die Buchdruckerbetriebe des Kreises Basel haben bereits zu dieser neuen Preissteigerung Stellung genommen und ebenfalls an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, die Papierpreise nicht über die bereits bemittelten 80 Prozent hinaus zu erhöhen. In der Tagespresse wird angeregt, man möge einmal die Bücher der Fabriken unter die Lupe nehmen. Das wäre allerdings ein Radikalismus.

Die Zahl der Konditionenlose ist wieder etwas zurückgegangen; es sind 121 Gehilfen als arbeitslos gemeldet; 53 Handfeger, 10 Maschinenfeger, 54 Drucker usw.

Finnland. Neue Rigaische Zeitungen. Am 4. Oktober erschien zum ersten Male die neugegründete lettische Tageszeitung in Riga „Latvieshu Aviss“ (Rigaische Lettische Zeitung); ferner vom 8. Oktober ab in deutscher Sprache die „Rigaische Deutsche Zeitung“.

Rußland. Der Verband der Zeitungsverleger und Redakteure von Petersburg veröffentlichte eine Mitteilung an die Leser, daß die russische Presse infolge der außerordentlichen Preissteigerung für Zeitungsbedarf und Druckerlöhne, unabweisbarer Abruhrung der Maschinen und des jüngst ausgebrochenen Aufstandes in den Papierfabriken demnächst in eine sehr schwierige Lage kommen könnte.

Infolge des hohen Papierpreises und der gestiegenen Löhne für Buchdrucker und Buchbinder sind die russischen Bücher so teuer geworden, daß ihr Erscheinen zu einer wirklichen Seltenheit geworden ist. Neue Bücher erscheinen fast nicht; Zeitschriften nur in ganz beschränktem und bedeutend vermindertem Umfange.

Japan. Der „Allgemeinen Missionszeitschrift“ zufolge gibt es in Japan 2768 Zeitschriften und Zeitungen, von welchen die fünf führenden Blätter eine Auflage von nahezu 600 000 Nummern haben. 962 Verlagsstellen sind über das Inselreich verteilt, welche 21 522 Angestellte beschäftigen. In der Hauptstadt Tokio sind 700 Buchläden vorhanden, in welchen die Leihbedürfnisse ihren literarischen Bedarf bewerkstelligen. Die Japaner entwickeln einen Respekt, der dem der Deutschen bald gleichkommen dürfte.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

R. St. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfegerverein.) Die gutbesuchte Quartalsversammlung am 7. Oktober ehrte das Andenken eines verstorbenen Mitgliedes und nahm Kenntnis von einer bedauerlichen Namensverwechslung. Danach ist nicht der Kollege Willi, sondern Artur Köhmann dem Vorkerrigen zum Opfer gefallen. Kollege Braun sprach dann über den unser Gewerbe schwer schädigenden Papiermangel und betonte, daß, wenn nicht bald energische Schritte zur Abhilfe getroffen werden, die Folgen für unser Gewerbe gar nicht abzusehen seien. Die von uns stets betonte Unbrauchbarkeit der weiblichen Erzhilfskräfte findet darin ihre Bestätigung, daß von den ursprünglich in unserm Vereinsgebiete vom Tarifamt genehmigten 78 nur noch 30 bei acht Firmen tätig sind. An Hand der Statistik des Tarifamts zeigte Kollege Braun, wie ungünstig die Maschinenfeger im allgemeinen bei den Steuerungsulagen abgechnitten haben. Bewegten sich doch unsere Durchschnittslöhne zwischen 55—56 Mk., sind also trotz der 25 Proz. von den andern Sparten vielfach erreicht und sogar überschritten. Hoffentlich finden wir bei der Tarifauschubstung die gerechte Einschätzung, mibridgenfalls jeder sein Geschick in die eigne Hand nehmen möchte. Hierauf hielt Kollege Fülle einen Vortrag: „Der Bindestrich“. In gefälliger und leichtverständlicher Weise zeigte der Referent an Beispielen, wie oft dieses unscheinbare Zeichen falsch angewendet wird. (Dieser Vortrag wird gedruckt und an die Mitglieder verteilt.) Zwei Neuaufnahmen erfolgten. Nächste Versammlung 4. November. — Nach Schluß der Versammlung erhielten die Kollegen Unterricht im Rechnen.

yr. Bielefeld. Eine gutbesuchte Versammlung fand am 7. Oktober statt. Nach Erörung des Andenkens eines gefallenen Kollegen begrüßte der zweite Vorsitzende unsern auf Reklamation vom Militär beurlaubten ersten Vorsitzenden Lenz, der ab 1. Oktober wieder die Leitung der Ortsvereinsgeschäfte übernommen hat. Unter „Vereinsmitteilungen“ kamen einige Angelegenheiten lokaler Natur

zur Erörterung, worauf der zweite Vorsitzende Böschner mitteilte, daß am 9. Dezember unser Ortsverein auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken kann. Dieser Ehrentag soll am 9. Dezember vormittags in der „Eisenhütte“ durch eine schlichte, erste Selbstversammlung, zu welcher auch die Kolleginnen eingeladen werden, begangen werden. Kassierer Wecking stellte mit, daß bis zum 1. Oktober 655 Bezirkskollegen zum Heeresdienste berangezogen waren, davon von Bielefeld 364; beurlaubt waren 51, entlassen 23, gefallen leider schon 73 Kollegen des Bezirks. Nunmehr fand die Besprechung der Tagesordnung zu der bevorstehenden Tarifauschubstung statt. Kollege Böschner gab eine kurze Einleitung, dabei auch die Heibelberger Prinzipalstaltung streifend, worauf eine lebhafte, erfruchtliche Diskussion einsetzte. Die Wünsche der Verammelten wurden unsern Gehilfenvertreter zur Tarifauschubstung als Material überwiesen. Die Notlage der Kollegen kam drastisch zum Ausdruck. Hilfe müsse unbedingt und schnell kommen. Es solle den hiesigen Prinzipalen in besonderer Weise vorgestellt werden, daß mit den jetzigen Löhnen absolut nicht auszukommen ist. Eine Kommission soll auch eine persönliche Aussprache mit dem hiesigen Oberbürgermeister in der Schwerarbeiterangelegenheit herbeiführen, weil unsre Eingabe, die Bielefelder Buchdruckergehilfen als Schwerarbeiter anzuerkennen, noch immer nicht beantwortet ist, obwohl seit Einreichung derselben schon etwa zwei Monate verstrichen sind.

-n. Breslau. Der Schlesische Maschinenfegerverein hielt am 30. September eine Wanderversammlung in Riegnitz ab. Es waren dazu etwa 80 Spartenkollegen aus fast allen Orten des Vereinsbereichs erschienen. Aus den Berichten der Bezirke ging hervor, daß nach der aufgenommenen Statistik 42 Mitglieder zum Minimum und 93 darüber entlohnt werden; die Höherentlohnung bewegt sich überwiegend in den Grenzen von 2 bis 4 Mk., vereinzelt auch bis 6 Mk. und darüber. Der Vorort Breslau steht hierbei gegen die Provinzorte etwas zurück. Die Steuerungsulagen werden meistens nach den bekannten Richtlinien gewährt. Mädchen oder Nichtgelernte und Kriegsverletzte sind nur in drei Betrieben beschäftigt; die damit gemachten Erfahrungen lauten sehr verschieden. Im Anschluß an diese Berichte machte der anwesende Gehilfenvertreter Fiedler (Breslau) nähere Mitteilungen über die Lage unsres Gewerbes in der Heimatprovinz; es bliebe zur Zeit sehr viel zu wünschen übrig. Das Verhältnisverhältnis zur Gehilfenzahl sei recht ungünstig. Frauen seien, soweit ihm bekannt, in ganz Schlesien 17 an Sechsmalchen beschäftigt, außerdem einige im Handlage. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Referat des Vorsitzenden der Zentralkommission, Kollegen Bierack (Berlin), über „Die Lage unsrer Sparte im allgemeinen“, das mit lebhaftem Interesse entgegengenommen wurde. Redner betonte besonders den Wert der Aufrechterhaltung des Tarifs in kritischen Zeiten, streifte verschiedene Tarifländer in beiden Lagern und empfahl zum Schluß die aufgestellten Leitfäden. Besonderen Dank sollte er auch dem Tarifamtsgehilfenführer, Kollegen Schliebs. In der anschließenden regen Debatte betonten alle Redner die Unzulänglichkeit der bisher gewährten Steuerungsulagen im Verhältnis zur allgemeinen Steuerung. Schließlich wurde der Gehilfenvertreter beauftragt, bei der demnächstigen Tarifauschubstung für eine entsprechende Erhöhung der Steuerungsulagen, und zwar ohne jede Staffellung, einzutreten. Kollege Fiedler versprach, sein Möglichstes in letzterer Beziehung zu tun, betonte aber, daß Sonderwünsche immer vor dem Wohle der Allgemeinheit zurücktreten müßten. Der Vorsitzende B. Schilling (Breslau) richtete an die Bezirke die Aufforderung, einen genügenden Wochenbeitrag einzuführen, damit durch Gewährung der Wochenkosten eine rege Beteiligung aller Mitglieder an der Generalversammlung und den zu veranstaltenden Wanderversammlungen möglich werde. Unter Punkt „Technisches“ wurden einige Neuerungen speziell an der Linotype besprochen resp. vorgezeigt. — Zum anschließenden gemächlichen Zusammenhören hatten die Kollegen Hiescher (Wrocław) und Gambaie (Riegnitz) recht zeitgemäße Vorträge gehalten.

Darmstadt. Die am 29. September abgehaltene Bezirksversammlung war etwas besser besucht. Eingang der Versammlung wurden zwei gefallene Kollegen sowie die verstorbenen Verbandsfunktionäre Dominé und Lauffer geehrt. Ein Schreiben der Metallarbeiter wurde den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Die Abrechnung lag gedruckt vor. Der Kassierer wurde entlassen. Aber die demnächst stattfindende Tarifauschubstung entspann sich eine längere Debatte, bei der verschiedene Wünsche vorgebracht wurden. Die Verammlung hält die derzeitigen Steuerungsulagen für durchaus ungenügend und war der Ansicht, daß angelichst der fortwährend steigenden Steuerung es unmöglich ist, mit den — gegenüber den in den übrigen Gewerben gezahlten Löhnen — geringen Buchdruckerlöhnen auszukommen. Sie forderte deshalb dringend eine alsbaldige Lohnerhöhung. Sie bezeichnede auch die derzeitigen Lokalzuschläge für ungerecht, insbesondere wandte sie sich gegen die Nichtberücksichtigung der Wünsche der Groß-Gerauer und Bensheimer-Koppheimer Kollegen, da diese Orte mit teuren Lebensverhältnissen immer noch ohne Lokalzuschläge seien. Für Darmstadt sei eine Gleichstellung bezüglich der Lokalzuschläge mit Mainz unerlässlich. Der Gehilfenvertreter wurde mit der Vertretung dieser und anderer Wünsche beauftragt.

Frankfurt a. O. In der am 8. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung machte der Vorsitzende zunächst Mitteilung, daß am 4. November der Herbstbezirksstag in Guben mit dem Kottbuser Bezirke gemeinsam stattfinden. Aber die bevorstehende Tarifauschubstung entspann sich eine lebhaft Debatte, in der auch an dem „Storr.“ Kritik geübt wurde. Die Versammlung forderte von den Gehilfen-

vertretern und der Verbandsleitung energisches Eintreten für Steuerungsulagen, die den Buchdruckern ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Qualifizierte Arbeiter müßten besser bezahlt werden. Eine Staffellung wurde verworfen, da die Steuerung alle gleichmäßig trifft. Ferner wurde der Gehilfenvertreter ersucht, bei den Tarifauschubverhandlungen dafür einzutreten, daß in den Berliner Blättern für die Zukunft der Lehrlingsang unterbleibe. Von keinem andern Gewerbe werde eine solche Reklame betrieben als wie hier vom Buchdruckergewerbe.

Goltha. Die Ortsvereinsversammlung am 6. Oktober erledigte neben Kassenbericht und Aufnahme zweier Kollegen die Stellungnahme zur Tarifauschubstung. Sämtliche Redner brachten zum Ausdruck, daß endlich einmal eine den Steuerungsverhältnissen mehr entsprechende Zulage erfolgen möchte. Die bisherigen Zulagen betragen für Goltha durchschnittlich nur 5,60 Mk. Da verlangte Lohnerhöhungen einzelner Kollegen stets mit dem Hinweis auf allgemeine Zulagen abgelehnt werden, hoffen wir, daß die bisherige durchschnittliche 16prozentige Zulage, auf die von der Prinzipalität behauptete 40—50prozentige gebracht wird. Weiter wurde gewünscht, daß die durch die Staffellung geschaffenen Ungerechtigkeiten beseitigt werden und die Berechnung der Überstunden nach der vollen Lohnhöhe erfolgt.

Samburg. (Mitgliederversammlung vom 8. Oktober.) Unter „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorsitzende bekannt, daß seit der letzten Versammlung wieder zehn Kollegen auf dem Schlachtfelde gefallen sind, während ein Kollege in der Heimat gestorben ist. Das Andenken der Toten wurde durch Erheben von den Vätern geehrt. Wiederaufgenommen wurden zwei Kollegen. Aber die am 22. Oktober in Berlin stattfindende Tarifauschubstung referierte dann Kollege Preler. Er brachte aus der Tarifamtsstatistik einige Zahlen zur Kenntnis, aus denen hervorzuheben ist, daß die Lage im Buchdruckergewerbe überaus traurig ist. Hervorgehoben wurde umfangreiche Einziehung von Kollegen, bestehe ein arges Minderverhältnis zwischen der Zahl der Lehrlinge und der beschäftigten Gehilfen. Die nicht mehr zu umgehende Einstellung berufsfremder Hilfskräfte und der herrschenden Steuerung nicht annähernd entsprechende Löhne seien die Signatur für das Buchdruckergewerbe. Hoffentlich bringe die Tarifauschubstung eine erhebliche Verbesserung. Eine recht lebhafte Debatte setzte ein, worin auch die Papierknappheit zur Sprache kam. Folgende Entschließung des Kollegen Reuser wurde einstimmig angenommen: „Die am 8. Oktober tagende Versammlung des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona, Vorort des Tarifkreises X, richtet an den am 22. Oktober in Berlin zur Tagung einberufenen Tarifauschub der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker die Bitte, bei der Reichsregierung nachdrücklich Schritte zu unternehmen, daß die Papierherstellung durch ausreichende und pünktliche Belieferung von Kohlen sichergestellt wird, damit die fortwährende Unbilligkeit und Beunruhigung aus dem Buchdruckergewerbe verschwindet. Die Versammlung ist der Ansicht, daß, wenn die Regierung Kohlen erparen will, sie dies durch Nichtbelieferung von Kohlen an die zahlreichen Fabriken, die sich mit der Herstellung von völlig wertlosem und minderwertigen, nur auf die Bewöcherung des nockleidenden Volkes berechneten Lebensmittels und Bedarfsartikeln befleißigen, leichter erreichen kann als mit der unbedenklichen Zurückführung der Papierfabriken. Gerade im Krieg und in der hoffentlich bald eintretenden Übergangszeit zur Friedenswirtschaft ist ein tadellofes Funktionieren des Buchdruckergewerbes eine unabdingbare Notwendigkeit. Die Versammlung erhebt nachdrücklich Protest gegen die Nichtachtung der Lebensbedingungen des graphischen Gewerbes im allgemeinen und der deutschen Zeitungen im besonderen.“ Aber die letzten vier Kartellversammlungen wurde Bericht erstattet von den Kollegen Pleczka, Kungler und Reuser. Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft, und mit sehr drastischen Worten wurden die Ernährungsfragen in Hamburg beurteilt. Allgemein wurde gefordert, daß die Kartellkommission recht bald Protestverammlungen der gesamten Bevölkerung einberufe, damit endlich geregelt und bessere Zustände Maß erreicht. Entschiedenere Protest wurde gegen die abermalige Abweilung der Buchdrucker als Schwerarbeiter erhoben.

Leipzig. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend war die am 5. Oktober abgehaltene Gaumitgliederversammlung äußerst zahlreich besucht. Saal und Galerie des „Volkshauses“ waren zu Beginn der Versammlung dicht besetzt, später Kommende mußten sich mit Stehplätzen begnügen. In einstündigen Ausführungen sprach der Gehilfenvertreter des VII. Tarifkreises, Kollege Bogenschütz, über die bevorstehende Tarifauschubstung. Ausgehend von den Beratungen des Tarifauschusses im Jahre 1911 schilderte Redner den Werdegang unsrer tariflichen Verhältnisse und die seit diesen Beratungen völlig veränderten Zustände auf dem Wirtschaftsmarkt. Die einzelnen Tagesordnungspunkte der künftigen Sitzung des Tarifauschusses unterzog Kollege Bogenschütz einer erläuternden Besprechung, wobei er besonders auf das rapide Steigen der Lehrlingszahl in den letzten Jahren aufmerksam machte. Bei Gewährung der Steuerungsulagen seien die berechnenden Geher ganz besonders die Leittragenden gewesen. Während im Gewerbe, außer den gewährten Steuerungsulagen, doch auch die Wochenlöhne an und für sich gestiegen seien, waren die Berechner an die Grundpositionen des Tarifs vom Jahre 1912 gebunden. Außer der Steuerungsulage können die Berechner keine Lohnerhöhung erreichen. Hier müsse in Zukunft in irgendeiner Form nachgeholfen werden. Im allgemeinen müsse vom Tarifauschub erwartet werden, daß er den jeweiligen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhungen eintreten läßt. Kollege Sach wies in längeren Ausführungen nach, wie die Maschinenfeger bei der letzten Steuerungsulagenregu-

lierung gegenüber der übrigen Kollegenschaft zu kurz gekommen seien. Er erbat die Gehilfenvertreter, bei den künftigen Verhandlungen mit dahin zu wirken, daß diese Ungerechtigkeit behoben werde. Vom Kollegen Petersen wurde folgende Resolution der Versammlung unterbreitet: „Die am 5. Oktober im ‚Volksbause‘ zu Leipzig tagende Versammlung des Vereines Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen erwartet, daß die Gehilfenvertretung anlässlich der bevorstehenden Beratungen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker in energischer Weise für eine den jeweiligen Teuerungszulagen entsprechende Aufbesserung der Löhne der Buchdruckergehilfen eintritt.“ Kollege Rosenkranz unterließ die Ausführungen des Referenten bezüglich der berechnenden Geheer. Kollege Engelbrecht kam auf die Darlegungen des Kollegen Sach zurück und bekräftigte auf Grund der in Leipzig aufgenommenen Lohnstatistik die Richtigkeit der Sachlichen Ausführungen. In Sachen der Berechner machte Engelbrecht darauf aufmerksam, daß laut Statistik nur noch 214 Gehilfen in Leipzig im Berechnen stehen (190 Handfeger und 24 Maschinenfeger). Es sei deshalb Zeit, die Frage zu erwägen, ob das Berechnen nicht gänzlich abzuschaffen sei, zumal in der Regel der Specht ins Gewisse und der Dreck ins Berechnen komme. Das Schwerkgewicht bei den Verhandlungen des Tarifausschusses müsse einzig und allein auf eine gründliche materielle Besserstellung der Gehilfenchaft gelegt werden. Die früher gewährten Teuerungszulagen seien durch die veränderten Verhältnisse völlig überholt worden. Sie ständen in keinem Verhältnis zu dem täglichen Mehraufwande. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen des Tarifausschusses einmal als resultatlos abgebrochen werden, müßten die Gehilfenvertreter die Interessen ihrer Mandatgeber in der energischsten Weise vertreten. Eventuell müßten andre, erfolgversprechende Wege begangen werden, wenn die Prinzipale zu wenig Verständnis zeigen sollten. Kollege Bruchardt verlangte, daß das Berechnen eingestellt wird. Wenn die Teuerungszulagen nicht mit auf den Überstundenlohn berechnet werden, solle niemand mehr Überstunden machen. Der jetzige Lohn sei als Reallohn zu erklären. „Auch müsse im Tarifauschuss auf den chronischen Lebensmitlewucher hingewiesen werden, der jede Lohnhöhung wieder illusorisch mache. Hier müsse seitens aller Kreise und der Regierung eingegriffen werden. Im übrigen habe sich die Gehilfenchaft die Frage vorzulegen, ob Tarifgemeinschaft oder nicht, wenn die Prinzipalitäten den Gehilfen kein menschenwürdiges Dasein biete. Nachdem Kollege Bogens in seinem Schlusswort erklärt hatte, mit allen seinen Kräften für die berechtigten Forderungen der Gehilfenchaft eintreten zu wollen, wurde die Resolution Petersen einstimmig angenommen.

Magdeburg. (Vierteljahrsbericht.) In den beiden in der Berichtszeit fallenden Versammlungen mußte weiterer zehn Opfer, des Krieges ehrend gedacht werden, mit denen deren Zahl auf 97 gestiegen ist. Außerdem sind als dienstfähig oder wegen Krankheit vom Militär 30 Mitglieder von den 644 von unserm Ortsverein eingeschrieben bis jetzt wieder entlassen, die teilweise auch auf dies Konto zu buchen sind. Unsere Bemühungen um Anerkennung der Buchdrucker als Schwerarbeiter sind nur zum Teil von Erfolg gewesen, indem die Bevorzugung in der Gewährung größerer Lebensmittelerationen nur den Maschinenlern, Stereotypen und den an den Rotationsmaschinen Beschäftigten zugebilligt wurden. Lobend muß hervorgehoben werden, daß in einzelnen Betrieben die hiervon Betroffenen das ihnen gewährte Extraquantum mit den übrigen Leidensgenossen kollegial teilen. Die Protokolle von monatlich 8 Pf. erhalten übrigens alle hiesigen Buchdrucker weiser. Der mehreren Firmen am Ort zugestandenen tariflichen Ausnahmen ist an anderer Stelle des „Korr.“ bereits Erwähnung getan. Infolge der behördlich bereits angeordneten abermaligen Herabsetzung der Polizeistunde auf 10 Uhr abends mußten für unsere Versammlungen die Sonntagvormittage gewählt werden, die leider auch nicht den Besuch der letzteren günstig beeinflussten, obwohl dadurch die oft gehörte Entschuldigung wegen zu langer Arbeitszeiten fortfiel. Wenn Beratungsgegenstände wie die Ausprache über das Ergebnis der letzten Gaurortseherkonferenz, Berichtserstattung über diejenige der Bezirksleiter, dann ein ausgezeichnetes Referat des in weiten Arbeiterkreisen bekannten Arbeitersekretärs Kollegen Krüger über „Das Arbeiterrecht im Kriege“ neben der doch so notwendigen Behandlung verschiedener unsrer Mitglieder eng berührender Berufs- und Organisationsfragen nur etwa den fünften Teil der sich am Ort in Kondition befindenden Kollegen in die Versammlungen treiben, so muß es eben andern Absehn überlassen bleiben, zu finden, was geschehen muß, um die hiesigen Verbandsmitglieder für das Versammlungsleben zu interessieren. Vielleicht ist das Beispiel der bis vor Jahren als Hochburg für A.-B. geltenden Firma Faber ein solches Mittel hierfür, die einem ein Menschenalter bei ihr beschäftigten Geheer auf Vorkostigwerden wegen Lohnherabsetzung diese abzüglich und vom Kollegen zumulte, wenn ihm der gezahlte Lohn als Buchdrucker zu niedrig dünke, doch im Falle Raum eine Funktion zu übernehmen! Dieses Vorkommnis und die Bekanntgabe eines Zirkulars an die tariflichen Firmen im Regierungsbezirk Magdeburg und Umkreis, bei etwa einschüdernder durchgehender Arbeitszeit nicht etwa auf die (tarifliche) 52stündige Arbeitszeit herabzugeben, sondern die gegenwärtige beizubehalten, waren Veranlassung zur Genüge, den Anmut der Versammlungs teilnehmer zu erregen. Die Ausprache über die eventuelle Beibehaltung der sogenannten Sommerzeit auch während der Zeit, nach dem Kriege fand eine Mehrzahl in den Freunden der Sommerverrückung, wenn auch von der andern Seite betont wurde, daß diese Neuerung für den Arbeiter einfach eine Stunde Schlafentziehung bedeute.

Erfreulicherweise kann auch von in einigen Betrieben erneut erfolgten Lohn- resp. erhöhten Teuerungszulagen berichtet werden. Die Firma Haenel gewährte auf Vorkostigwerden wöchentlich 2 Mk., bei Wohlfeld soll es nach Fertigstellung des Kriegsauftrags einmalige Zulagen von 20 Mk. an abwärts geben, im „Generalanzeiger“ erhielten einige Kollegen Zulagen von 1 Mk., und bei Pfannkuch & Co. („Volksstimme“) wurden die bisherigen Teuerungszulagen von 10 und 8 Mk. auf 13 und 12 Mk. wöchentlich erhöht unter Beibehaltung der Kinderzulagen von 50 Pf. pro Kind und Woche. Außerdem werden hier die 14 Tage Ferien ungekürzt gewährt resp. bei Nicht-einhaltung infolge Personalmangels der hierfür entfallende Betrag gezahlt, während andre hiesige Betriebe sich den Krieg als Ursache nahmen, die früher gewährten Ferien in Fortfall zu bringen oder bedeutend zu reduzieren.

Mainz. (Versammlung vom 7. Oktober.) Unter „Gehilflichem“ erfolgte die Aufnahme eines neuangelernten Kollegen. Eine größere Anzahl von Kollegen mußte wieder dem Rufe zur Fahne Folge leisten. Die Versammlung ehrte das Andenken des 33. Kriegsoffiziers; als vermisst sind 18 Kollegen gemeldet. Der Kassierer nahm Veranlassung, den Vertrauensleuten verschiedene Wünsche zu unterbreiten, die der Vorhände noch besonders unterricht. Das lebhafteste Interesse konzentrierte sich auf die bevorstehende Sitzung des Tarifausschusses, deren Aufgaben der Vorhände in einstündigem Referat behandelte. In der sehr lebhaften Diskussion trat einmütig die Auffassung zutage, daß ein „Durchhalten“ bei den derzeitigen Preisen der Lebensmittel und dem gegenwärtigen Lohneinkommen eine absolute Unmöglichkeit sei. Die Forderungen des Tages verdichteten sich zu der Auforderung an Verbandsvorstand und Gehilfenvertreter, „die schlimmste Lage der Gehilfenchaft durch entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiete des Lohneinkommens zu verbessern“. Der Vorstand erhielt den Auftrag, die Forderungen und Wünsche der Gehilfenchaft den zuständigen Stellen zu übermitteln. Durchgehende Arbeitszeit sowie schwerer und schwerer Arbeiterzulagen erfahren ebenfalls eingehende Behandlung; einmütig war man der Auffassung, daß die Teilung in zwei Kategorien ein großer Nachteil für die Gesamtarbeiterchaft sei. Heute sei jeder, der geistig oder körperlich arbeite, Schwerarbeiter, da bei den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen jedermann das Arbeiten schwerfalle. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten lokaler Natur war die Tagesordnung erschöpft und der Vorhände schloß mit Worten des Dankes an die Erschienenen sowie dem Wunsche, der seit drei Jahren eine ständige Einrichtung geworden ist, die Versammlung.

Minden. Am 29. September abgehaltene Versammlung war von 21 Mitgliedern besucht. Eingangs der Versammlung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Gaurortsehers Dominé und eines im Kriege gefallenen Kollegen. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorhände Bericht u. a. bekannt; daß die Bezirksunterstützung in Höhe von 5 Mk. an die Kriegserfrauen zur Auszahlung gelangt ist. Der Vorstand habe aus Ortsvereinsmitteln für jedes Kind den Kriegserfrauen noch 2 Mk. bewilligt. Als zweites Punkt behandelte der Vorhände in längerer Ausführungen die seitens des Vorstandes beim hiesigen Kriegswirtschaftsamt eingereichte Eingabe betreffs Anerkennung der Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. Der Magistrat gab die Eingabe an die Kreiswirtschaftsstelle und diese sie an die Gewerbeinspektion weiter. Trotzdem der Vorhände persönlich bei der Gewerbeinspektion vorkam wurde und an Hand überzeugender Beweise die Eingabe nochmals begründete, erfolgte glatte Ablehnung. Die im Buchdruckgewerbe tätigen Personen können nicht zu den Schwer- und Schwerarbeiter rechnen. Nur in einzelnen Fällen, deren Dringlichkeit nachzuweisen sei, will man bestimmte Gruppen als Schwerarbeiter anerkennen. In einem Falle sind denn auch die Maschinenfeger, die Nacharbeit verrichten, als Schwerarbeiter anerkannt, während Kollegen, die Tag für Tag Überstunden leisten, auf Vorkostigwerden der Prinzipale für vier Wochen dreiviertel Brot als Zulage erhalten. Die Versammlung beschloß, gegen den ablehnenden Bescheid Beschwerde beim Regierungspräsidenten einzulegen. Dann nahm noch die Versammlung zu der Tarifauschussstellung. Kollege Schulz gab einen kurzen Überblick über die Verhältnisse im Gewerbe. Es müsse eine allgemeine Lohnherabsetzung eintreten, dann solle auch der Gehilfenvertreter Albrecht dahin verständigt werden, daß Minden in eine höhere Lohnklasse komme. In der anschließenden Debatte erklärten sich alle Redner mit den Ausführungen einverstanden. Nach Entgegennahme des Kartellberichts ging der Vorhände noch auf die Tagung des Deutschen Buchdruckervereines ein. Leider mußte der Punkt wegen der vorgeschrittenen Zeit abgebrochen und bis zur nächsten Versammlung vertagt werden.

Mühlhausen i. Th. Die am 6. Oktober abgehaltene, von fast sämtlichen Mitgliedern besuchte Ortsvereinsversammlung befaßte sich auch eingehend mit der durch die fortgesetzten Preissteigerungen sämtlicher Lebens- und Bedarfsmittel geschaffenen traurigen Lage der Buchdruckergehilfen. Allgemein wurde betont, daß die Buchdrucker mit ihren Löhnen hinter denen anderer Berufe, nicht nur der Rüstungsindustrie, zurückstehen, und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Gehilfenvertreter bei der demnächstigen Tarifauschussung für eine gründliche Aufbesserung der Löhne eintreten. Sollten die Buchdrucker durch niedrige Löhne weiter gezwungen sein, sich so kümmerlich wie jetzt zu ernähren, indem sie nicht einmal dem Handel freigegebene Waren kaufen können, so würden für die Folge Massenerkrankungen eintreten, welche für das ganze Gewerbe eine schwere Gefahr bilden würden.

Zum Schluß wurde einstimmig folgende Entschliebung angenommen: „Die heutige Verammlung des Ortsvereines Mühlhausen i. Th. beschließt einstimmig, den Tarifauschuss zu eruchen, die im Vergleiche zu andern Berufen völlig unzulänglichen Löhne der Buchdrucker in seiner Sitzung am 22. und 23. Oktober den seit der letzten Teuerungszulagenbewilligung wieder enorm gestiegenen Preisen sämtlicher Bedarfsartikel entsprechend zu erhöhen. Sollte das System der Teuerungszulagen beibehalten werden und sich dabei eine Stasefflung nicht vermeiden lassen, so sind dieselben nur von 50 zu 50 Pf. voneinander festzusetzen. Auch sind die Teuerungszulagen bei der Berechnung der Überstunden mit zu berechnen. Ferner wird der Tarifauschuss erucht, für eine allgemeine Anerkennung der Buchdrucker als Schwerarbeiter einzutreten.“

Neuwied. In der Septemberversammlung, die sehr gut besucht war, wurde der Wiederanschluß an das hiesige Gewerkschaftskartell beschlossen. Durch diesen Anschluß wird es dem Kartell gelingen, bei der Lebensmittelfrage einschneidend mitzuwirken. Trotz mehrmaliger Eingaben an die zuständige Behörde war es nicht möglich, die hiesigen Buchdrucker als Schwerarbeiter anzuerkennen. Nur die Maschinenfeger, Rotationsmaschinenmeister und Stereotypen wurden als Schwerarbeiter anerkannt. Die letzte Versammlung befaßte sich auch mit der Tarifauschussung. Man war sich einig, daß der zuständige Gehilfenvertreter dahin wirken möchte, daß auch hier bessere Lohnverhältnisse eintreten; denn die Lebensmittel und Wohnungsmieten seien ebenso hoch wie in den Großstädten. Auf alle Fälle hofft die Mitgliederversammlung, daß der Lokalausschlag entsprechend erhöht wird.

Nördlingen. Unsere letzte Mitgliederversammlung, die sich, wie ihre Vorgängerinnen, eines guten Besuchs zu erfreuen hatte, befaßte sich neben Angelegenheiten örtlicher Natur auch mit den Teuerungszulagen. Von allen Seiten wurde erklärt, daß bei der großen Teuerung unmöglich mit den Teuerungszulagen noch auszukommen sei. Es wurde eine Entschliebung angenommen, die eine den Verhältnissen mehr entsprechende Erhöhung des Einkommens verlangte.

Rosenheim. Die durch den Krieg stark aufangewachsene Mitgliederversammlung Rosenheim hielt am 29. September eine Versammlung ab, die sich mit der Verteuerung der Lebensmittel und der demnachst stattfindenden Tarifauschussung befaßte. Nach kurzen Ausführungen des Vorhänden und des Kassierers wurde der Beschluß gefaßt, unsern Gehilfenvertretern anheimzugeben, daß sie infolge der empfindlichen Steigerung der Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel für eine Erhöhung der Löhne und des Lokalausschlages eintreten. Durch die Nähe der Großstadt wie auch durch den Umstand, daß Rosenheim großen Fremdenverkehr aufweist, ist die Rosenheimer Kollegenschaft in einer besonders beängstigten Lage, was am besten dadurch bewiesen ist, daß Rosenheim bei der Gehaltsaufbesetzung der Beamten zu den zweitwertesten Städten gerechnet wurde. Rosenheim gehört zur Ortsklasse C; bekömmert aber nur 5 Proz. Lokalausschlag, während 12 $\frac{1}{2}$ Proz. zu zahlen wären. Einer Änderung dieser Verhältnisse mußte endlich einmal Rechnung getragen werden.

Ulm-Neumün. Unsere Mitgliederversammlung am 6. Oktober war gut besucht. Leider mußte wieder zweier gefallener Kollegen ehrend gedacht werden. Sodann gab Vorhänden Liebrandt die Antwort des Stadtschultheißenamts auf zwei Eingaben wegen Anerkennung als Schwerarbeiter bekannt. In der ersten wurden Schriftfeger, Maschinenfeger und Stereotypen als solche anerkannt, während in der zweiten den Druckerkollegen die Zulage abermals verlagert wurde, nur in besonderen Fällen und bei Überarbeitszeit wird sie gewährt. Sodann erstattete Kollege Kramer kurzen Bericht über die in Gisingburg abgehaltene Bezirksversammlung, von deren Verlauf die Teilnehmer hochbefriedigt waren. Kollege Glasbrenner machte am Hand der Tarifamtsstatistik Sinuivle für die Tarifauschussung. Des weitern stellte er fest, daß die im „Korr.“ gegebene Erwähnung von Ulm als billiger Stadt nicht ohne Widerspruch hinzunehmen sei; ein klares und richtiges Bild über die Verhältnisse in einer Stadt könne durch Herausgreifen einzelner Preise und Artikel nicht gegeben werden. Es könnten auch nur solche Bedarfsartikel und Lebensmittel in Betracht gezogen werden, die tatsächlich in Arbeiterhaushalten gebraucht zu werden pflegen. Es beständen zwischen Nord- und Süddeutschland Unterschiede. Das im Verhältnis zu Leipzig „billige“ Gemüse sei ja vorhanden, aber kein Konsument und Produzent werde bestreiten können, daß gerade bei Gemüse auch in Ulm 200–300 Proz. höhere Preise anzulegen seien als noch im Jahre 1915. Dann sei Ulm auch eine Stadt, wo zwei Drittel der Buchdruckergehilfen noch 38 Mk. und darunter verdienen mit den Teuerungszulagen. Selbst zwischen den zwei nebeneinanderliegenden Kommunalverbänden Ulm und Neumün seien Preisunterschiede bei einzelnen Lebensmitteln zu verzeichnen, die man nicht für möglich halten sollte. Bestritten könne allerdings nicht werden, daß die Kollegen in den Großstädten schlechter gestellt seien in puncto Lebensmittelerzeugung. Die Versammlung nahm dann folgende Entschliebung einstimmig an: „Die heutige Monatsversammlung erwartet von den Verhandlungen des Tarifauschusses eine Erhöhung der Löhne für alle Gehilfen ohne kleinliche Stasefflung wie bei den bisherigen Teuerungszulagen. Sie legt in den Zentralvorstand und die Gehilfenvertreter das Vertrauen, daß sie unter Anwendung aller Mittel dieses Ziel zu erreichen suchen.“

Wismar. Die Firmen Eberhard, Rüdert und Seifmann bewilligten ihren Gehilfen eine Erhöhung der tariflichen Teuerungszulage von 3 Mk. für Verbeiratete und 1,50 Mk. für Ledige.

(Hierzu eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 121 — Leipzig, den 18. Oktober 1917

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Wittenberg (Bez. Halle). Am 6. Oktober hielt der hiesige Ortsverein seine dritte Quartalsversammlung in diesem Saal ab. Eröffnete drei Monate keine Versammlung stattfand, ließ der Besuch sehr zu wünschen übrig. Es hatten sich auch einige Feldgrauen sowie zwei außer Beruf beschäftigte Kollegen eingefunden. Nachdem der Vorsitzende einige Grüße aus dem Schützengraben bekanntgegeben, erstattete der Kassierer seinen Bericht. Derselbe wurde in gewohnter Weise ohne Beanstandung entgegengenommen, zumal er einen sehr guten Stand der Kasse nachwies. Es entspann sich sodann eine kurze Debatte über die durchgehende Arbeitszeit, welche bei der größten hiesigen Firma seit dem 17. September eingeführt ist. Hierauf berichtete der Vorsitzende, daß das an den Kreisrat eingereichte Gesuch um Anmerkungen als schwerarbeiter abschlägig beschieden sei. Nachdem wurde in kurzen Zügen über die Verhandlungen im Gewerkschaftsausschuss berichtet, wobei leider einige recht verwunderliche Tadeln angebracht werden mußten, deren Abänderung für die Folgezeit gewünscht wurde.

Würzburg. Die Mitgliederversammlung vom 29. September erfreute sich eines guten Besuchs. Nach Begrüßung der in fastlicher Zahl anwesenden Feldgrauen gedachte die Versammlung zweier weiterer Kriegssoldaten in üblicher Weise. Nach Wiederaufnahme eines Kollegen kam der Vorsitzende zu verschiedenen geschäftlichen Mitteilungen. Bei Punkt 3 der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der Gehilfen und die bevorstehende Tarifauschussführung“, kam eine Anzahl Kollegen zu Worte, die Anzulänglichkeiten unserer Löhne im Hinblick auf die tägliche Steigerung aller Lebensmittel und Verbrauchsartikel im allgemeinen hervorhebend und unsere Löhne in Vergleich stellend zu denen der übrigen Arbeiterschaft am Orte, wo von einer Rüstungsindustrie nicht gesprochen werden kann. Die Tatsache, daß wir in der Lohnfrage heute hier an letzter Stelle stehen und die Selbsthilfe nicht an allen Orten gleich gegeben ist, läßt an unsere Gehilfenvertreter den Appell richten, bei den kommenden Beratungen des Tarifauschusses mit allem Nachdruck auf einen gerechten Ausgleich in der Lohnfrage hinzuwirken. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der Gehilfenvertreter beauftragt, bei den kommenden Verhandlungen mit allem Nachdruck für eine für die Erhaltung der Arbeitskraft absolut notwendige bedeutende Verbesserung der Lohnverhältnisse einzutreten, die rückwirkende Kraft bis zum 1. Oktober erhalten müsse. Die bisherigen Teuerungszulagen seien völlig unzureichend gewesen. Unter Beibehaltung derselben sollen die neuen Bewilligungen für alle Gehilfen gleich bemessen sein. Ferner stellte die Versammlung die Forderung, daß Würzburg vom 1. Oktober d. J. an den Vorkaufschlag erhält, der ihm bei der letzten Tarifrevision schon zum 1. Januar 1917 zuerkannt war, nämlich 12 1/2 Proz. Von allen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß seit Erscheinen der Tarifratsbekanntmachung von der „Korr.“-Redaktion nicht mit dem nötigen Ernst auf die Lage der Gehilfen hingewiesen sei. So notwendig es war, die Annahmen der „Reipziger Volkszeitung“ zurückzuweisen, so hätte das auch mit weniger Raumaufwand geschehen können. Gegen den Papiermangel sei auch genügend geschrieben worden. Beim nächsten Punkte fand der Vorschlag, vier Kollegen für 25jährige Mitgliedszugehörigkeit am zweiten Weihnachtsfesttag entsprechend zu ehren, allgemeine Zustimmung. Der Vorsitzende Semmerich erstattete hiñfänglich guten Besuch wie für diese sehr anregend verlaufene Versammlung.

Anmerkung der Redaktion: Wohlbedacht ist das Hauptfachliche des von uns zu den Tarifauschussverhandlungen zu sagenden für die zwei letzten Wochen vorgelesen worden. Es wäre sonst das meiste wieder verloren. Wir meinen auch, daß man an jedem Orte von selbst merken muß, wo und wie der Schuh drückt. Im vergangenen Jahre hat die Prinzipalsleitung den Gehilfenvertreter und dem „Korr.“ zum Vorwurfe gemacht, daß die Unzufriedenheit erst von unserer Seite in die Gehilfenchaft getragen sei. Wer die Nummern des „Korr.“ von Erscheinen jener Bekanntmachung an (8. September) bis zur Würzburger Versammlung (29. September) durchgeht, kann gar nicht das Empfinden haben, wie es in dem vorstehenden Berichte zum Ausdruck kommt. Die sogenannten Heller-Artikel sind jedenfalls eine Befragung mit ernsthaften Fragen gewesen, und die Besprechung des Jahresberichts und der Jahresversammlung der Prinzipalsität ist doch auch eine Sache von allgemeiner Wichtigkeit. Freilich mußte in der „Selbstkritik“ erst darüber etwas erschienen sein. Für besonders mißliche Verhältnisse an einem Orte (Minimumwesen) kann der „Korr.“ nicht verantwortlich gemacht werden. Durch die aufgezwungenen Polemiken mit der „E. V.“ ist nicht das geringste verabfolgt, im Gegenteil manche Aufklärung gerade im Sinne der Würzburger Kollegen geschaffen worden. Wie aus den Berichten des Berliner Vereins und der Berliner Maschinenleger wie auch des Hamburger Vereins augenfällig zu ersehen, denkt man dort und überall sonst über die Papiernot und ihre Folgen für uns ganz anders. Wir befürchten ebenfalls noch schlimme Wirkungen daraus. Die Würzburger Kritik ist also in jedem Betracht unberechtigt; sie ist es um so mehr,

als ein Jahr lang die Redaktion nur mit einem Manne besetzt gewesen ist. Aber trotz dieses Umfandes und des durch gesetzliche Bestimmungen arg beschränkten Umfangs des „Korr.“ ist es nach Kräften ihrem jetzt beträchtlich erweiterten Aufgabenkreise gerecht geworden.

□ □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Fritz Küffel (Schwelm) als vierzigstes das Eisene Kreuz I. Klasse. Die Auszeichnung II. Klasse erhielten: Chr. Ehlers (Barmstedt), Anno Leichsenring, Alfred Rapp und Robert Reibig (Chemnitz), Karl Schulz (Dannenberg), Robert Böttcher (Goslar), Oswald Hertel (Seldelberg), Otto Marquardt und Rudolf Rohrbach (Hohenalza), Willi Classen (Sulzb.), Hermann Stodtsohn (Magdeburg), Hans Müller (Markneukirchen), S. Kiefler (Würzburg) und Hermann Borski. Damit haben bis jetzt 4377 Verbandskollegen diese hohen militärischen Auszeichnungen erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. Vom Kreisrat des Kreises Sülz wurden die Buchdrucker als Schwerarbeiter anerkannt; sie erhalten wöchentlich 525 G. Mehl und 100 G. Mühlenfabrikate. — Die Eingabe der Gehilfen wie auch diejenige der Firma G. M. Lattmann in Goslar an den dortigen Magistrat wegen Anerkennung der Buchdruckergehilfen als Schwerarbeiter wurde glatt abgelehnt.

Nachahmswertes Beispiel. Zu den bisherigen Teuerungszulagen gewährt die Firma G. M. Lattmann in Goslar ihrem Gesamtpersonal weitere 10 Proz. Auch will die Firma bis zu vier Wochenlöhnen Vorschub geben, damit sich jeder mit Wintervorrat versehen kann.

Berkohlene Feldzeitungen. Nicht allein in der Heimat geht ein Sterben durch den Zeitungswald, auch draußen im Felde schlägt sich manches Blättchen nur mühsam durch die Fährlichkeiten der rauhen Gegenwart. Ihrer ein Duzend sind bereits auf der Strecke geblieben. Erst unlängst wieder hat, wie wir in der „Frankfurter Zeitung“ lesen, die in einem ostgalizischen Dorfe hergestellte „Kriegszeitung des Korps Marschall“ ihr Erscheinen eingestellt. Etwas länger ist es schon her, seit der „Seille-Vote“, die Zeitung des 68. Landwehrregiments, von seinen Lesern Abschied nahm. Auch der „Landsturm“ in Bouziers, die zu Beginn des Krieges vielsagende „erste Feldzeitung auf Frankreichs Flur“, sowie die feinerzeit in Kalisch erschienenen „Zeitung des Landsturmbataillons Zittau“ sind diesen Weg gegangen. Die erstere wurde durch Abkommandierungen der Herausgeber auseinander gesprengt, letzterer machte ein Vorstoß der Russen ein Ende. Aus dem gleichen Grunde gingen auch die „Kriegszeitung für Saurogen“ des 48. Landwehrregiments und „Der kleine Minenwerfer“ des 17. Pionierregiments, der an der Rawka erschien, ein. Von beiden Blättern erschienen knapp ein Duzend Nummern. Noch tragischer war das Schicksal der Zeitung „Hurra“, die dem Infanterieregiment Bremen gehörte. Im August 1915 schlug eine feindliche Granate in ihren Verleib. Opfer an Maschinen und Menschenleben war die Folge. Das Blatt sollte erst an anderer Stelle neu erscheinen, zumal es einen heimatischen Papierlieferanten als Stütze hatte (im August 1915), doch stellten sich später weitere Schwierigkeiten in den Weg. Eingegangen ist auch „Der Feldgrau“ des 84. Landwehrregiments. Das Ende dieser kleineren Feldblätter wird meist durch Truppenverlegungen herbeigeführt. Im neuen Wirkungskreis mangelt es häufig an Herstellungsmaterial, und so muß auf die fernere Herausgabe verzichtet werden. Die noch in der Betriebsstille etwa vorhandenen finanziellen Mittel werden dann in der Regel für einen wohlthätigen Zweck der Truppe verwandt. Die großen, von den Armeeführungen herausgegebenen Feldzeitungen sind einer solchen Angst des Schicksals nicht unterworfen. Doch hat auch die trefflich geleitete „Zeitung der 7. Armee“ feinerzeit aus Gründen der Papierknappheit ihre Auflage von 40 000 auf 33 000 herabsetzen müssen.

Vertreter der freien Gewerkschaften im Großen Hauptquartier. Einer Mitteilung des Vorsitzenden der Generalkommission an die Presse entnehmen wir folgendes: In den letzten Wochen wurden von mehreren stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen, die geeignet sind, die gewerkschaftliche Organisation einzuschränken und zum Teil völlig lahmzulegen. Diese Verordnungen gaben Veranlassung zu einer Eingabe an den Reichshausler zu Verhandlungen mit ihm und zu der Interpellation, die am 10./11. Oktober im Reichstag verhandelt worden ist. Da seitens der Obersten Heeresleitung immer wieder darauf gedrängt worden ist, die Produktion für den Heeresbedarf in Deutschland zu erhöhen, während diese Verordnungen geeignet sind, die Produktivität einzuschränken, so hielten die Gewerkschaften es für zweckmäßig, ihre Bedenken gegen solche Maßnahmen der feldherrlichen Generalkommandos dem Großen Hauptquartier vorzulegen. Am 12. Oktober haben die beiden Vorsitzenden

der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien und Bauer, die Beschwerden der Gewerkschaftsorganisationen im Großen Hauptquartier vorgebracht. Nach einem kurzen Begrüßungsompaß durch den Generalfeldmarschall Hindenburg fand eine längere Verhandlung mit dem Generalquartiermeister Ludendorff statt. In dieser sind von den Gewerkschaftsvertretern in fastlicher Weise die Bedenken gegen die Verordnungen vorgebracht und ist auf die Rückwirkungen, die sie auf die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft ausüben müssen, aufmerksam gemacht worden. Auf die Bemerkung, daß diese Verordnungen auf die Einwirkung des Großen Hauptquartiers zurückzuführen seien, erklärte Exzellenz Ludendorff, daß dieses durchaus nicht der Fall sei. Im Gegenteil, das Große Hauptquartier anerkenne die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen und habe den Wunsch, daß deren Arbeit ungehindert fortgesetzt wird. Auf der andern Seite aber müsse man auch von der Arbeiterschaft erwarten, daß sie die schwere Zeit, die Deutschland in seiner Verteidigung gegenwärtig durchzumachen hat, zu würdigen verstehe und ihrerseits alles tue, um das, was das Heer braucht, mit Einfluß aller Kräfte herzustellen. Die Verhandlungen dürften den Erfolg haben, daß eine baldige Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Arbeiterschaft auch dann, wenn sie Anlaß hat, durch Arbeitseinstellung den Widerstand und das unfolgsame Verhalten der Unternehmer zu überwinden, keine unüberlegten Schritte tut, sondern zunächst die Mithilfe der Gewerkschaften und der durch das Hilfsdienstgesetz eingerichteten Instanzen in Anspruch nimmt.

Reichs- und Staatsbeamte an der Grenze des Durchhaltens. Zu einer „Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamten“ schlossen sich vor kurzem 38 Beamtenverbände mit nahezu einer halben Million Mitglieder zusammen. Am 14. Oktober trat nunmehr die neue Vereinigung in einer imposanten Versammlung in Berlin mit einer Kundgebung für ihre Bestrebungen und Forderungen an die Öffentlichkeit, nachdem die nächstfolgenden und wesentlichsten Forderungen der Beamten bereits in der Vorwoche auf der Hauptversammlung der neuen Interessengemeinschaft aufgestellt worden waren. Dabei wird unter anderem gefordert, daß durch die gegenwärtigen Ernährungsschwierigkeiten die Grenze des Durchhaltens erreicht sei, und gefordert: Gleichmäßige, gerechte Verteilung der rationierten Lebensmittel unter Ausschluß von Vergünstigungen für Schwerarbeiter und große Betriebe, wirksame Bekämpfung des Schleichhandels, Erhöhung der Kartoffelration. Damit ein leistungsfähiger, unbefehlter Beamtenstand erhalten werde, wird eine durchgreifende Aufbesserung der Kriegs- und Teuerungszulagen, namentlich für die Unterbeamten, die stark verschuldet seien, als dringend notwendig verlangt. Außer diesen nachstehenden Forderungen vertreten die Versammlungsreferenten verschiedene allgemeine Wünsche. Eine Neuordnung der Beförderungsverhältnisse im Sinne einer durchgreifenden Aufbesserung wurde als dringend notwendig bezeichnet, da die Beamtengehälter seit vielen Jahren in einem Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen. Niemand kann es den Reichs- und Staatsbeamten verdenken, wenn sie in resoluter Weise für die Verbesserung ihrer Existenzverhältnisse eintreten, um wie viel mehr aber haben die Arbeiter, die in ihrer Mehrzahl weit schlechter dastehen und für deren Versorgung im Alter nichts geschieht, Grund dazu, sich eine Verbesserung ihrer Lebenslage durch festen Zusammenstoß zu erkämpfen!

Teuerungszulagenbewegung. Die Beamten, Angestellten, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen der Groß-Berliner Krankenkassen beschloßen in einer stark überfüllten Versammlung, die Krankenkassenverbände zu eruchen, die monatlichen Teuerungszulagen auf folgende Sätze zu erhöhen: Ledige unter 18 Jahren 50 Mk., Ledige über 18 Jahre 75 Mk., Verheiratete 100 Mk., für jedes Kind unter 16 Jahren 15 Mk. Die bereits früher gestellte, bisher nur teilweise bewilligte Forderung nach einer einmaligen Teuerungszulage in Höhe eines Monatsgehalts wurde daneben erneut erhoben.

Teuerungszulagen für Angestellte. Der Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ befachte sich in einer Sitzung Ende August eingehend mit der Lage der Angestellten in den Parteigeschäften. Dabei wurde die einmütige Ausrufung ausgesprochen, daß deren gegenwärtige Lage durchaus unhaltbar sei, und daß etwas Durchgreifendes geschehen müsse, und zwar schon jetzt. Zwar hätten die im Jahre 1911 von der Generalversammlung des Vereins „Arbeiterpresse“ für die Angestellten in Partei und Gewerkschaften aufgestellten Mindestgehaltssätze fast allgemeine Beachtung gefunden. Gegenwärtig könnten jedoch diese Gehaltssätze nicht für ausreichend erachtet werden, denn die Kosten für den Lebensunterhalt seien so gewaltig gestiegen, daß ein Gehaltssatz an der aufgestellten Skala schon viele der Angestellten in schwere materielle Sorgen gebracht habe. Infolgedessen richtete der Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ an die Unternehmungen in der Arbeiterbewegung das dringende Eruchen, ihren Angestellten Teuerungszulagen nach bestimmten Sätzen zu gewähren. Ein heikles und leider vielumstrittenes Kapitel in der Arbeiter-

Bewegung wird dadurch gezwungenermaßen angeschliffen. Aber es liegt das schließlich nicht nur im Interesse der Angestellten, sondern auch im Interesse der Arbeiterbewegung selbst. Denn nur derjenige kann als Angestellter alle seine Kräfte freudig und ungehindert in den Dienst der Allgemeinheit stellen, dessen Gedanken nicht ausschließlich beherrscht werden von der Sorge um das tägliche Brot.

Versehene Eingänge.

Erinnerungsschrift zum 25-jährigen Jubiläum des Herrn Generalsekretärs Franz Kohler in Leipzig, am 1. Oktober 1917. Der Verfasser, Ernst Wiener, der Redakteur der „Zeitschrift“, Inhalt in d. r. drucktechnisch einfach, aber gediegen ausgestalteten Schrift ausführlich und fesselnd das Leben und Wirken Franz Kohlers, mit dem er selbst 25 Jahre hindurch im Deutschen Buchdruckervereine tätig war.

„Aufbau an das deutsche Volk zur Aufhebung der unnützen Zwischenschicht.“ Deutscher Hilfsbund, Bonn. Dem umfangreichen Aufrufe zur Einführung der Antiquaschrift, dieser „dringenden Forderung der Stunde“, merkt man nicht an, daß wir in Deutschland im Zeichen größter Papierknappheit leben.

Der Neue Weltkämpfer für 1918. 42. Jahrgang. Preis 50 Pf. Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Luer & Co., Hamburg.

Briefkasten.

M. G. in S.: Wird jedenfalls mit einem andern schon vorliegenden, die gleiche Materie behandelnden Artikel zusammen gebracht werden, jetzt hat allen mit den Tarifausgleichsverhandlungen in irgendeinem Zusammenhang stehenden Angelegenheiten Vortritt

gewährt werden müssen. — S. G. in R.: Wie auch in andern Fällen, ist dies aus tatsächlichen Erwägungen erfolgt; es wird nicht genügend berücksichtigt, daß der öffentlichen Erörterung in der Presse manches entgangen werden muß, was gleichwohl bei den Verhandlungen gefaßt werden kann. Stellen jedoch anheim, Beschlüsse zu fassen. — F. B. in M.: Also auch diese brave Seele ist als ein Opfer in der Heimarmee gefallen. Der unheilvolle Schwarm der Kriegsverlängerer sollte nur in solchen Schützen stecken, dann würde die Menschheit in allen Ländern bald aufatmen können. — M. G. aus B.: 1. Wird schon noch an den Mann kommen. 2. Wunsch betreffs „Korr.“ findet Erfüllung. 3. Im übrigen rechnen wir schon mit Umherstolzieren im Spätherbst in B. — F. S. im Felde: Ist in Nr. 112 auf der ersten Seite in dritter Spalte schon klar und deutlich gefaßt worden. Es ist uns ganz verständlich, wenn die Feldgrauen an solchen Einrichtungen der Prinzipale für die weiblichen Lehrlinge Anstoß nehmen, und notwendig ist es, daß man prinzipiell auch erfüllt, wie darüber dranhin gedacht wird. Die starke Raumknappheit gestattet aber nicht, das immer wieder zum Ausdruck zu bringen. — F. M. im Felde: Nachdem wir etwa zwei Dutzend Einwendungen und Zuschriften in beflagter Angelegenheit erhalten haben, und zwar übereinstimmend, wie in jenem Artikel dargelegt, nimmt sich Ihre abweichende Meinung wirklich nicht überzeugend aus. Wenn sie wenigstens in anständiger Form geäußert worden wäre, würde die Schreiberlei noch einen objektiven Zug erkennen lassen. — M. G. aus D.: Geliebte und geachtete Lebensgenossen dankend erhalten. Satten in D. das Überleben dieser schweren Jahre vermisse. — D. M. in W.: Der Preis und das Gemäß müssen den Leid der belohnten Klasse aus Mitleid erregen. — G. P. aus W.: So ganz ohne soll diese Anmerkung der Begriffe ja nicht vor sich gehen, aber Zukunfts wollen wir uns auch nicht hingeben. — Vorstand in Nürnberg: Wird gelegentlich verhandelt zur Behebung der Ernährungschwierigkeiten. Stellen Dank! — F. D. in Wasserburg a. N.: Sie scheinen die Rolle in Nr. 118 „Stadtnotgeld“ überlesen zu haben. — W. S. in Magdeburg: 2,30 Mk. — F. S. in B.: Dankend erhalten; diesmal sogar Ausbeute gegeben.

Bollzogene Anerkennungen der Buchdrucker als Schwerk- oder Schwerfarbeiter wolle man aus Verbandsberichten herausheben und sie für die „Rundschau“ zur sofortigen Veröffentlichung einreichen, ebenso etwaige Ablehnungen. Es wird dadurch der Überblick leichter gemacht. Wo aber die Angelegenheit sich noch im Vorstadium befindet, kann sie in Besonderen Erwähnung finden. Die Redaktion.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.

Breslau. (Schlesischer Maschinenlehreverein.) Vorsitzender: R. Schilling, Breslau, Springersstraße 23 III.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Bayern 1. der Seher Franz Schred, geb. im Gmünden 1898, ausgef. da. 1915; war schon Mitglied; 2. der Schweizerdegen Joseph Meier, geb. in Schwarzenfeld 1899, ausgef. in Rieburg 1916; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seib in München, Holzstraße 24 I.

Besammlungskalender.

Dresden. Stereotypen- und Galvanoplastikerversammlung Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in Schnadig Gollhaus, Kleine Plauenische Gasse 2.
 Gotha. Bezirksversammlung Sonntag, den 11. November, vormittags 10 1/2 Uhr, in „Volkshaus“.

Mehrere tüchtige Handsetzer sofort gesucht.

C. Naumanns Druckerei, Frankfurt a. M., Kleiner Kornmarkt 14. [165]

Schriftsetzer

für alle Arbeiten (Metz-, Anzeigen- und Zetteln) möglichst sofort gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen, Eintrittsfrist usw. an

M. Struden, Düsseldorf 17. [174]

Tüchtige Seher

für Anzeigen und Abziden gesucht

Buchdruckerei Gb. Vink, Düsseldorf. [162]

Maschinenmeister, Typograph- und Monotypsetzer

jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. Oscar Brandfleiter, Leipzig.

Schriftsetzer, Typographsetzer und Maschinenmeister

auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [24]

Korrektor

der am meisten ausbitt, sucht

Buchdruckerei Gb. Vink, Düsseldorf. [161]

Maschinenmeister

sofort gesucht.

Buchdruckerei H. Seydel & Co., Berlin SW 61, Lottower Straße 29. [166]

Maschinenmeister

(auch Kriegsbeschädigte) sofort gesucht.

Oskar Reiner, Leipzig, Königsstraße 26 B. [122]

Anzeigen- oder Abzidensetzer

dem das Umbrechen der Zeilen übertragen werden kann, sofort gesucht.

„Seher Neueste Nachrichten“, Zeitz. [157]

Mehrere tüchtige, möglichst militärfreie Abzidensetzer

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Solbuchdruckerei Max Sohn & Co., Mannheim H 2, 2. [44]

Tüchtige perfekte Maschinensetzer

sowie mehrere Handsetzer sofort gesucht.

„Mannheimer Tageblatt“, Mannheim H 2, 3. [25]

Stellung sucht [170]

Korrektor

in gelehrten Fahren, gewissenhaft und sicher. Angebote an

Franz Stephan, Braunschweig, Taubenstraße 3. [170]

Maschinenmeister

mit Antiquarvertraut, stellt sofort ein 150

Franz Weber, Berlin W 66, Mauerstraße 80. [150]

Zwei Buchdruckmaschinenmeister

mit Galanddruck vertraut, zum baldigen Eintritt gesucht.

„Ergänzt“ Papierwarenfabrik G. m. b. H., Düsseldorf 93. [175]

Tüchtiger Werkdrucker

findet bei uns Stellung.

Petersche Solbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.). [152]

Monotypsetzer

sofort gesucht.

Petersche Solbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.). [27]

Stereotypen

ge sucht.

Boigt & Gelfler, Leipzig, Königsstraße 27. [181]

Müller u. Dethleffs Reifäden f. Buchdrucker

zu verkaufen für 6,50 Mk. (ungebraucht). [130]

S. Krenn, Hannover, Am Kleinenfeld 28.

Bekanntmachung

Veranstaltung eines Sehmachsinnelehrcurses für Kriegsbeschädigte

Es ist beabsichtigt, vom 19. November ab in Karlsruhe einen weiteren Kurs für Sehmachsinnelehre abzuhalten. Dauer 12 Wochen. Zugelassen werden nur kriegsbeschädigte, militärfreie, gelernte Buchdrucker (Maschinenmeister und Seher), welche sich als Sehmachsinnelehre ausbilden lassen wollen. Der Unterricht ist unentgeltlich.

Diejenigen Teilnehmer, welche nicht Schriftsetzer sind, müssen einen Vorbereitungskurs von zweiwöchiger Dauer an der Lehrwerkstätte beim Referenzlazarett Eilingen durchmachen. Derselbe beginnt ebenfalls vom 19. November ab. Der Eintritt in die Kurse ist nicht an eine bestimmte Zeit gebunden, sondern kann erfolgen, sobald Nähe zur Verfügung stehen.

Für die kriegsbeschädigten Teilnehmer aus Baden gewährt der Landesheimatamt — Landesauskunft für Kriegsbeschädigtenfürsorge — Beihilfen zur Befreiung der Verpflegungskosten und der Wohnung. Die Teilnahme am Kursus ist ohne Einfluß auf die Rente; die Teilnehmer beziehen sie selbstverständlich weiter.

Anmeldungen zu dem Kurs sind bis spätestens 5. November 1917, beim Großh. Landesgewerbeamt, Karlsruhe i. B., einzureichen. Vorzüge zur Anmeldung sind dort zu belegen.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1917. [163] Großh. Landesgewerbeamt.

Graphische Vereinigung Dresden

Sonabend, 20. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Kaulbachhof“, Kaulbachstraße:

Berammlung

„Die Darstellung der Arbeit in der bildenden Kunst“.

Gäste willkommen. Der Vorstand.

Wie wahr ist mein gutes Recht? Rechtsfreund für jedermann. Praktisches Nachschlagewerk mit zahlreichen Mustervormularen, Verdeutschung gebräuchlicher Fremdwörter und Fachausdrücke usw. Geb. 5,30 Mk. (Porto 60 Pf.). Zu beziehen durch A. Siegel, Leipzig-A., Alleenstraße 17.

Zeitenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Sp. C. Fröh, Mainz, Mainstraße 30.

Typographische Vereinigung Berlin

Sonntag, 21. Oktober, vormittags 10 Uhr: Befestigung der Luther-Ausstellung und der Königsberger Silberbibliothek

Vortrag und Führung: Herr Direktor Paalzow. Treffpunkt: 10 Minuten vor 10 Uhr am Eingange der Königl. Bibliothek, Unter den Linden 38. Eintritt frei. Mitglieder mit Damen und Galle freundlich willkommen. [176]

Technikum für Buchdrucker
 Leipzig-Rednitz. Einzig dastehende Vereinigung praktischer und theoretischer Ausbildung auf acht kunstgewerblicher Basis im Buchdruckgewerbe. Buchführung, Preisberechnung, Faktor- u. Geschäftsführerarbeiten usw. Meisterprüfungskurs.

Kostenloser Unterricht für verwundete Buchdrucker.



Am 12. Oktober verstarb plötzlich und unerwartet unser braver Kollege, der Seher

Gustav Jobel

auss a r p e r s d o r f, im Alter von 57 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Magdeburg.

Infolge Herzschlags verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege, der Seher

Gustav Jobel

Schmerzlich betrauern wir den Verlust eines allzeit im Organisationsleben tätigen Kollegen. Ehrend werden wir seiner gedenken.

Die Kollegen des „Magdeburger Generalanzeigers“.

Bei den letzten Kämpfen mußte unser lieber Kollege, der Seher

Gottwald Kirchner

Gescheiter in einem Inf.-Reg. Inhaber des Eisernen Kreuzes aus Schwarz a. i. Thür., sein junges Leben lassen.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Ortsverein Sufum.

Durch den Weltkrieg verloren wir unsern lieben Kollegen, den Drucker

Ulrich Nigengruber

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt

Der Ortsverein Alt-Neuditt.

Am 2. Oktober hat im Kampfe für das Vaterland der Schriftsetzer

Herr Wilhelm Bücking

Interoffizier in einer Maschinengewehr-Abteilung den Heldentod erlitten. [164]

Wir werden dem Gefallenen, der uns mehrere Jahre hindurch bis zum Ausbruche des Krieges ein geschätzter Mitarbeiter gewesen, allzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Leipzig, den 13. Oktober 1917.

Poeschel & Trepte, Buchdruckerei.

Mehrere Kollegen wurden uns durch den Krieg entzogen: [173]

Heinrich Kniel

Seher aus Heidelberg.

Joseph Neureither

Drucker aus Heidelberg.

Christoph Schellhaas

Seher aus Wertheim a. M.

Anton Wagner

Seher aus Rothbach (Würtb.).

Heinrich Zimmermann

Drucker aus Wiesloch.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen Der Bezirksverein Heidelberg.

Am 24. September fiel bei einem Sturmangriff unser lieber Kollege, der Seher

Heinr. Schrärer

aus Warendorf i. W. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Münster i. W. Der Ortsverein Warendorf.

In dem Blikeringen fiel unser lieber Kollege, der Seher

Kurt Hagen

Stets werden wir seiner in Ehren gedenken.

Die Kollegen der Firma Oskar Reiner, Leipzig.

Übermal haben wir den Verlust eines lieben Kollegen zu beklagen. [169]

Auf dem Rückwege nach der Heimat verschied unser lieber Kollege, der Seher

Fritz Hentschel

Soldat in einem Inf.-Reg. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Kollegen der Firma Kamm & Seemann in Leipzig.

Wiederum hat der Weltkrieg einen unsern braven Kollegen aus unserer Mitte gerissen. Am 26. September erlitt den Heldentod infolge Granatvolltreffers der Seher

Martin Gerlach

aus Geroltingen. Sein gerader und offener Charakter sichert ihm allzeit ein ehrendes Andenken. Die Kollegen der Firma Julius Klinkhardt, Leipzig.